

es deshalb für sinnvoll, zumindest je eine Lehrveranstaltung über Konzepte der Policy-Forschung, Techniken der empirischen Politikanalyse sowie die praktische Bearbeitung eines Forschungsbeispiels zu Pflichtveranstaltungen zu machen.

Schließlich möchte ich dafür plädieren, auch bei künftigen DVPW-Kongressen das Angebot einer Vielzahl von Spezialistengruppen beizubehalten, da gerade in der breiten Themenpalette von vorgestellten Einzelstudien und nicht so sehr in den meist recht kleinen Brötchen der großen Theorie die Attraktivität dieser Veranstaltungen liegt.

Literatur:

- K. von Beyme (1984), Policy Analysis und traditionelle Politikwissenschaft
- P. Diehl-Thiele (1977), Im Zentrum der Politik sind die Politologen fremd, Süddeutsche Zeitung vom 6.10.

Policy-Forschung und Politische Psychologie

Ferdinand Müller-Rommel

1. Problemaufriß

Wenn eine politikwissenschaftliche Teildisziplin in Zeiten genereller Verknappung öffentlicher Mittel für sozialwissenschaftliche Forschung über genügend finanzielle Ressourcen verfügt, um groß angelegte empirische Projekte durchzuführen und wenn diese Teildisziplin zudem auf dem internationalen wissenschaftlichen Publikationsmarkt mit eigenen Beiträgen rein quantitativ alle anderen politikwissenschaftlichen Teildisziplinen in den Schatten stellt, dann kann dies in der heutigen "wissenschaftlichen Großwetterlage" nur eines bedeuten: Hier erlebt eine Wissenschaftsdisziplin eine Hochkonjunktur, weil sie im Experimentierklima einer "Schlechtwetter - Demokratie" für die politisch handelnden (und nicht selten politisch verunsicherten) Akteure problem-, anwendungs- und umsetzungsorientierte Ergebnisse zu liefern vorgibt.

Bilanziert man den aktuellen Stand der vergleichenden Policy-Forschung, so kommt man allerdings zu dem Ergebnis, daß nur wenige gesicherte Erkenntnisse darüber vorliegen, in welcher Form (wenn überhaupt) Policy-Forschung von politischen Handlungsträgern inhaltlich rezipiert und in politisches Handeln umgesetzt wird. Ganz zu schweigen von Studien über die Reaktionen auf umgesetzte Policies bei den jeweils Betroffenen. Allgemeiner gesagt: Auch in den Statements zur "Policy-Tagung" der DVPW in Hannover mangelte es an empirisch gesicherten Ergebnissen über die "output-effects" von staatlicher Politik auf die Qualität individueller politischer Verhaltensweisen, und zwar sowohl hinsichtlich der Effekte auf die Verhaltensweisen von politisch-administrativ handelnden Akteuren als auch auf die Verhaltensweisen der gesamten Bevölkerung. Ein Blick auf die relevante Literatur zeigt, daß sich die Forschung über Strukturen des Policy-Making einerseits und über die Prozesse der Policy-Making Rezeption und Verarbeitung andererseits, in den vergangenen Jahren in mehr oder weniger starker, wechselseitiger Isolierung entwickelt hat.

Policy-Forschung als "eigenständige Teildisziplin" der "traditionellen" Politikwissenschaft (so lassen sich die Beiträge von Hesse und von Beyme zusammenfassen) war zunächst daran interessiert, die Determinanten staatlicher Politik (und hier insbesondere die politischen, ökonomischen und sozialökonomischen Variablen) sowie die institutionellen Probleme staatlicher Entscheidungsprozesse (z. B. Sanktionen; Restriktionen) zu analysieren. Auch die verschiedenen Teilgebiete, die sich im Laufe der Jahre in der Policy-Forschung entwickelten (Problemwahrnehmung; Politikformulierung; Programmentwicklung; Programmvollzug; Wirkungskontrolle), haben den Problemen der Policy-Rezeption und Policy-Verarbeitung teils keine Aufmerksamkeit gewidmet, teils deren empirische Bearbeitung vernachlässigt.

In der politischen Psychologie, d. h. in der Forschung über die (psychologischen) Bestimmungsgründe von politischen Überzeugungssystemen und politischem Verhalten und Handeln (Klingemann/Kaase 1981: 9), haben die Teilergebnisse der eher systemtheoretisch und/oder institutionell orientierten Policy-Forschung ebenfalls kaum Eingang gefunden. Zu nennen sind in diesem Kontext lediglich einige neuere Arbeiten, die den Zusammenhang von staatlicher Konjunk-

turpolitik und Wahlverhalten untersucht haben (Kiewiet 1983; Madson 1980; Schaper 1984; Schmidt 1983). Derartige konzipierte Arbeiten sind in der heutigen Forschungslandschaft noch selten, deuten allerdings vom theoretischen Ansatz her auf eine Richtung hin, der sich eine problemorientierte empirische Politikwissenschaft gerade in einer Zeit der allgemeinen Staats- und Parteiverdrossenheit, des Wertewandels, den Wahlerfolgen der Grünen etc. nicht verschließen kann.

Meine zentrale Forderung lautet also, daß sich Policy-Forschung nicht länger ausschließlich auf binnenstrukturell ausgerichtete (Fall-Studien über institutionelle Politikverläufe und Entscheidungsprozesse konzentrieren sollte. Vielmehr scheint mir, daß Politikfeldforschung stärker als bisher auch die Wechselbeziehung von materieller Politikproduktion und individueller Reflexion von Policies bzw. Umsetzung von (falsch/richtig) verstandener Politik in politisches Verhalten genauer untersuchen muß. Politiktheoretisch leistet dieser approach einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die Relevanz von Policy-Making als innovative Kraft im dynamischen Wandlungsprozeß moderner politischer Demokratien. Praktisch-politisch vermag dieser Ansatz wichtige Aufschlüsse zu liefern über die Frage, warum Politikentscheidungen von politisch-administrativ Handelnden in den wenigsten Fällen rational getroffen werden. Darüber hinaus trägt eine eher outputorientierte Policy-Forschung dazu bei, bessere Erkenntnisse über die Auswirkungen von mißliebigen staatlichen Leistungsüberschüssen oder -defiziten sowie offenkundigen Policy-Fehlleistungen beim Wähler zu erhalten (abweichendes Wahlverhalten; unkonventionelle politische Beteiligung etc.).

2. Forschungsperspektiven

Die Frage, wie sich die aufgestellte Forderung nach einer forschungstheoretischen und -methodischen Verbindung von Policy-Studien und Ansätzen der politischen Psychologie realisieren läßt, wird im Folgenden, anhand von zwei Beispielen, kursorisch umrissen. Gemeinsam ist diesen Beispielen die erkenntnisleitende Fragestellung, welche Wechselbeziehung zwischen Policy-Rezeption und Verarbeitung einerseits und den Strukturen und Prozessen materieller Politikproduktion andererseits besteht.

In der Policy-Forschung müßte - stärker als bisher - dem Problem nachgegangen werden, warum Politikfeldanalysen von politisch Handelnden in der staatlichen Verwaltung, aber auch in politischen Parteien nur defizitär rezipiert werden. Liegt es an der Struktur der Politik bzw. der Programmformulierung? Liegt es am Tauschwertcharakter von Policy-Forschung in dem Sinne, als daß das Produkt von Policy-Forschern nicht identisch ist mit dem, was politische Handlungsträger "kaufen" und "gebrauchen" wollen? Liegt es an Übersetzungs- und Umsetzungsproblemen sozialwissenschaftlicher Analysen? Liegt es am Juristenmonopol bei den politisch Handelnden, die entsprechend negative Erwartungshaltungen gegenüber sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen haben? Einzelaspekte dieser Fragestellung sind bereits behandelt worden (Jann 1983; Müller-Rommel 1984). Es spricht jedoch einiges dafür, die institutionellen Verwertungsprobleme von Policy-Forschung noch intensiver zum eigenen Untersuchungsthema zu machen, um einerseits der Policy-Forschung auch in Zukunft eine Legitimation der eigenen Existenz zu verschaffen, und um andererseits der Politikwissenschaft das "praktisch-politische Standbein" zu erhalten.

Forschungstheoretisch läuft diese Schwerpunktverlagerung darauf hinaus, daß zukünftige Policy-Analysen ein höheres Maß an Komplexität erreichen müssen (Scharpf 1982: 102), indem sie ihren impliziten Struktur-Determinismus durch die explizite Einbeziehung von theoretischen Modellen auf anderen Teilgebieten der Sozialwissenschaften ergänzen. Forschungspraktisch ließen sich beispielsweise die binnenstrukturellen Analysen über Problemwahrnehmung, Programmentwicklung und Implementation durch die Dimension von lern- und verhaltenstheoretischen Modellen aus der politischen Psychologie ergänzen, zumal die institutionelle Verwertung von Policy-Forschung in engem Zusammenhang steht mit der Lernbereitschaft sowie den Denkstrukturen und Überzeugungssystemen von politisch handelnden Akteuren.

Beispiel 2:

Perzeption von Policy-Making beim Wähler

In der Policy-Forschung müßte stärker als bisher dem Problem nach-

verarbeitet.

Forschungstheoretisch müßte ein mehrebenenanalytisches Kontextmodell entwickelt werden, das die individuellen Determinanten des Wahlverhaltens mit den kollektiven, d. h. beispielsweise den staatlich produzierten Policies, verknüpft. Eine derartige Kontextanalyse muß forschungspraktisch das Interaktionsmuster zwischen Individualdaten und Aggregatdaten analysieren. In diesem Zusammenhang lassen sich beispielsweise Untersuchungen über die Entstehung und Entwicklung von bestimmten Policies mit dem neueren wahlsoziologischen (psychologischen) Ansatz des "retrospektiven Wählerverhaltens" analytisch verbinden (Fiorina 1981). Danach lassen sich Wahlberechtigte in ihrem Wahlverhalten wieder stärker durch eine retrospektive Evaluation der materiellen Politik von konkurrierenden Parteien beeinflussen. Das zentrale Erkenntnisinteresse der Koppelung beider Ansätze müßte m. E. auf die Frage gerichtet sein, inwieweit die staatliche Produktion bestimmter materieller Politiken ein ganz bestimmtes Wahlverhalten nach sich zieht ("does policy determine electoral behavior?"). Die Beantwortung dieser Frage würde nicht nur einen gewichtigen theoretischen Beitrag zum Problem der "Volatilität" (d. h. der Wählerbewegungen zwischen den Parteien) leisten. Sie würde vermutlich auch die Diskussion um die Staats- und Parteienverdrossenheit mit empirisch komplexeren Ergebnissen in konstruktiver Weise vorantreiben können.

3. Epilog

Überlegungen einer theoretischen und methodischen Integration von Ansätzen der Policy-Forschung und der politischen Psychologie sind nicht neu. Schon in den 50er Jahren hat H. Lasswell erste Gedanken in dieser Richtung angestellt. Daß sich diese Idee forschungspraktisch nur in ganz begrenztem Umfang durchgesetzt hat, spricht grundsätzlich nicht gegen die Fruchtbarkeit des Gedankens, sondern eher für Themenkonjunkturen in unserer Disziplin. In jeder wissenschaftlichen Disziplin gibt es immer "many approaches but few arrivals" (Beyme, S. 10). In der interdisziplinären Verklammerung von Policy-Studien und Ansätzen der politischen Psychologie ist je-

doch bislang weder forschungstheoretisch noch forschungspraktisch ein empirisch überzeugender "Startschuß" gefallen, ohne den bekanntlich ein "arrival" von vornherein ausgeschlossen bleibt.

Literatur:

Die Anmerkungen zu von Beyme und zu Hesse beziehen sich auf die vorliegenden Hauptreferate.

Fiorina, (M. 1981): Retrospektive Voting in American National Elections. New Haven: Yale University Press.

Jann, W. (1983): Policy-Forschung - ein sinnvoller Schwerpunkt der Politikwissenschaft In: aus politik und zeitgeschichte, B47, S. 26 - 38.

Kiewiet, R.D. (1983): Macroeconomics and Micropolitics: The Electoral Effects of Economic Issues. Chicago: University of Chicago Press.

Klingemann, H.D.; Kaase, M. (1981): Problemstellung der Politischen Psychologie heute. In: dies. (Hg.): Politische Psychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9 - 36.

Madson, H.J. (1980): Electoral Outcomes and Macro-Economic Policies: the Scandinavian Case. In: Whiteley, P.M. (ed.): Models of Political Economy. London: SAGE, S. 15 - 46.

Müller-Rommel, F. (1984): Sozialwissenschaftliche Politik-Beratung: Probleme und Perspektiven. In: aus politik und zeitgeschichte, B25, S. 26 - 39.

Schaper, H. (1984): Wählerkontrolle und Handlungsspielraum in der Wirtschaftspolitik. Pfaffenweiler: Centaurus Verlag.

Scharpf, F.W. (1982): Der Erklärungswert "binnenstruktureller" Faktoren in der Politik- und Verwaltungsforschung. In: Hesse, J.J. (Hg.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 90 - 104.

Schmidt, M.G. (1983): Konjunkturzyklen und Wahlen: Ein internationaler Vergleich. In: Kaase, M.; Klingemann H.D. (Hg.): Wahlen und politisches System. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 174 - 197.